

Kommunales

aus der Ostheide

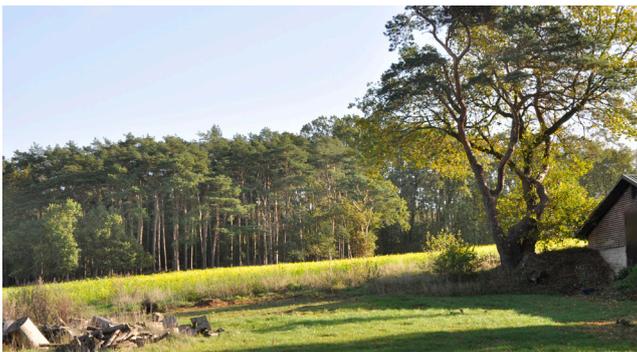
Wurfscheibenanlage in Bavendorf

Blei im Boden

Im Gespräch mit der Unteren Naturschutzbehörde

Laut einer orientierenden Bodenuntersuchung liegen 37,8 Tonnen Blei auf dem Gelände des Tontaubenschießstandes der Lüneburger Jägerschaft in Bavendorf. Die Vorsorgewerte für Blei, welche nach der Bodenschutzverordnung bei 1000 mg/kg Trockengewicht Boden liegen, wurden an 16 von 20 Messpunkten deutlich überschritten. Der höchste Wert lag bei einer Konzentration von 10.000 mg/kg. Der Säuregehalt im Boden wurde mit pH 4 gemessen, ein Wert, bei dem Blei in Lösung geht und ausgewaschen werden kann.

Ursache für die hohe Bleikonzentration ist der jahrzehntelange Schießbetrieb mit Bleischrot am Standort direkt am Rande des Dorfes. In der Vergangenheit hatte der Schießstand vor allem durch die Lärmbelastung für Unmut bei Anwohnern gesorgt. Auf Veranlassung der Unteren Naturschutzbehörde beauftragte die Jägerschaft nun einen Gutachter mit der Untersuchung des Bodens. Die Ergebnisse liegen seit Mitte 2019 vor.



Belastet: Wäldchen mit Wurfscheibenablage am Dorfrand

Zeigt sich im Rahmen einer orientierenden Untersuchung eine Überschreitung der Prüfwerte wie im vorliegenden Fall, ist in der Regel eine Detailuntersuchung notwendig. Hierbei wird für jeden einzelnen Wirkungspfad eine vertiefte Untersuchung zur abschließenden Gefährdungsabschätzung vorgenommen. Die Detailuntersuchung dient dann als Grundlage für Entscheidungen über das weitere Vorgehen. Eine solche genauere Untersuchung würde auch Aufschluss

über die Konzentration von PAK (Polycyclische aromatische Kohlenwasserstoffe) geben, die bislang nicht untersucht wurde. PAK sind Bestandteil der als Ziel verwendeten Wurfscheiben. Diese wurden auf vergleichbaren Standorten in gesundheitsgefährdender Konzentration gefunden.

Die Grünen Ostheide halten angesichts der Ergebnisse eine detaillierte Untersuchung für notwendig. Auch sollte zügig für eine ausreichende Absicherung des frei zugänglichen Geländes gesorgt werden, um zu verhindern, dass spielende Kinder auf das Gelände gelangen und mit Schadstoffen in Kontakt kommen können. Um die fortschreitende Kontamination des Bodens mit Blei zu verhindern, sollte, wie im Gutachten gefordert, der Schießbetrieb sofort auf die Nutzung von Eisenschrot umgestellt werden. Eine Antwort, wie die zuständige Naturschutzbehörde mit dem Ergebnis der Voruntersuchung umgehen möchte, liegt noch nicht vor.

Rolf Thormann

Zuwegung durch das Mausbachtal in Rohstorf

Alternativer Straßenbelag gewünscht

Für das Haushaltsjahr 2020 steht für die Samtgemeinde Ostheide die Wiederherstellung der Zuwegung von Rohstorf zur 216 in Richtung Lüneburg- Dannenberg an.

Die Fraktion der Grünen im Samtgemeinderat Ostheide möchte mittels eines Prüfantrages an die Verwaltung feststellen lassen, ob für diese hauptsächlich von landwirtschaftlichen Fahrzeugen und Fahrrädern genutzte Straße nicht die Verwendung eines alternativen Straßenbelages in Frage kommen könnte.

Auch wenn es den hochgiftigen „Teer-Belag“ seit 1984 schon nicht mehr gibt, wäre aufgrund der bekannten Nutzung durch den Verkehr und der zu erwartenden Einwirkung aus Umwelt und Klima eine in Kosten, Umweltfreundlichkeit und Lebensdauer interessante Alternative zugunsten des bisher üblichen „Asphalts“ (Eine handelsübliche – i.d.R. technisch erstellte - Mischung aus dem petrochemisch erlangten Bindemittel Bitumen und Gesteinskörnern) prüfenswert.

➤➤➤

Die Fraktion der Grünen wird vorschlagen, auf eine sog. „Wassergebundene Wegedecke“ und deren besonderen klimaneutralen alternativen Baustoffe zurückzugreifen.

Anders, als der Name vielleicht vermuten lässt, ist diese Art Straßenbelag mangels der Verwendung von Bindemitteln wasserdurchlässig und wirkt damit der zunehmenden Flächenversiegelung mit allen unerwünschten Nebeneffekten entgegen.

Die Verwendung innovativer – klimaneutraler – Materialien sorgen sogar für eine Verbesserung der Straßenbeläge in Bezug auf Erhaltbarkeit, Nachhaltigkeit und sogar Lärminderung.

Die Wegedecke kann also als vollwertiger Straßenbelag – gerade im Hinblick auf die Art der Nutzung der Straße im Maustal - angesehen werden. Der dazu auch noch in Anschaffung und Unterhalt günstiger als die handelsübliche Asphalt-Lösung ist. Und mit dem Verzicht auf den Einsatz von petrochemisch gewonnenen Stoffen („Bitumen“) und deren Verarbeitung, setzt die Samtgemeinde Ostheide auch noch ein klares eigenes Signal hin in Richtung Klimaschutz.

Michael Böhme

Samtgemeinde Ostheide

„Klimaschutz ernst nehmen“

Die GRÜNEN fordern weiterhin: den vielen Worten und Erkenntnissen müssen endlich in allen Bereichen Taten folgen. Die Kommunen müssen dabei mit gutem Beispiel voran gehen, gerade im Ausbau der Infrastruktur. Hier werden auf Jahre hinaus Fakten geschaffen. Es liegt also an uns, jetzt jegliche Chance für die richtige, weil klimaschonende Entscheidung zu ergreifen.

Die Samtgemeinde Ostheide hat kürzlich in den Bau- und Umweltausschuss die Fachberaterin der „Klimaschutz und EnergieAgentur Niedersachsen“ (KEAN) eingeladen, um entsprechende Unterstützung zu erhalten. Hier erwies sich die Ansprechpartnerin als kompetente Hilfe für das weitere Vorgehen und die Projektidee wurde sehr gelobt.

Wir GRÜNE wollen daher unbedingt an einer konkreten Umsetzung festhalten und mit einem „Leuturmprojekt“ Möglichkeiten aufzeigen, wie gerade die kleineren, „alltäglichen“ Nichtwohngebäude (Feuerwehren, aber auch Dorfgemeinschaftshäuser, Sportlerheime, Kindergärten etc.) klimaneutral gebaut werden können. Ein besonderes Pilot-Projekt wäre dies Vorhaben deshalb, weil bislang eher große Feuerwachen als Passiv- oder Plusenergiehaus gebaut wurden. Es wäre also dringend aufzuzeigen, wie es in der Breite

den kleinen Kommunen gelingen kann, den öffentlichen Gebäudebestand zukunftstauglich zu errichten.

Die Ratsfrau Petra Kruse-Runge betont: „Es ist nun wichtig, dass die Samtgemeinde Ostheide umgehend eine spezialisierte, externe Neubauberatung beauftragt mit dem Ziel, die Feuerwehren in Neetze und Barendorf mindestens im Passivhausstandard, optimalerweise gänzlich co2-neutral zu errichten.“

Diese Beratung wird beauftragt auf der Grundlage der „Richtlinie Energieberatung für Nichtwohngebäude von Kommunen und gemeinnützigen Organisationen“ vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Die umfangreichen Fördermöglichkeiten und zahlreiche ansässige, zugelassene Experten sollten es möglich machen, dies Vorhaben sehr zügig umzusetzen.

Petra Kruse-Runge

Klimaschutzanträge der Grünen für den Haushalt 2020 in der Samtgemeinde

Klimaschutz und damit die Energiewende hat seinen Anfang in den Kommunen. Hier gilt es den Weg zur Nutzung 100% sauberer Energie und einem vorbildhaften sparsamen Verbrauch vorzuleben.

Die Fraktion von Bündnis90/Die Grünen in der Samtgemeinde Ostheide hat daher für die anstehenden Beratungen für den Haushalt 2020 drei Anträge eingebracht (Oktober 2019), die wir als unverzichtbare Schritte zur Umsetzung von Klimaschutzzielen ansehen:

1. Die Einstellung von 20.000 Euro in den Haushalt 2020 zur Ausstattung von mindestens zwei Feuerwehrgerätehäusern mit Photovoltaikanlagen.
2. Die Einstellung von 15.000 Euro in den Haushalt 2020 zum Erwerb von Ausgleichsflächen und deren Herrichtung als naturbelassene Blühwiesen.
3. Die Einstellung von 30.000 Euro in den Haushalt 2020 für die Planung einer wassergebundene Straßendecke für die Straße Rohstorf-Mausebachtal.

Die Ausgestaltung öffentlicher Gebäude mit klimaneutraler Technik zur Energiegewinnung, die Schaffung von naturbelassenen Ausgleichsflächen für jedes kommunale Bauprojekt und die Abkehr von petrochemisch erlangten Bindestoffen in unseren Straßen müssen als besonders wirkungsvolle Maßnahmen zur Erreichung von Klimaschutzzielen kaum noch diskutiert werden. Wir wollen damit jetzt sofort anfangen - und nicht erst im nächsten Haushalt!